

Rainer Geißler

Vom Gastarbeiterland zum Einwanderungsland Herausforderungen an das Mediensystem

Um die Herausforderungen an das Mediensystem der Bundesrepublik zu verstehen, die von der Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland ausgegangen sind und ausgehen, soll in diesem Beitrag einleitend ein kurzer Abriss über das Migrationsgeschehen in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und seine Folgen für die deutsche Sozialstruktur gegeben werden. Es wird kurz skizziert, wie und warum sich das Gastarbeiterland der 60er Jahre über ein Zuwanderungsland wider Willen in den 80er und 90er Jahren zu einem Einwanderungsland modernen Typs verwandelt hat¹ und wie sich dabei das multiethnische Segment der deutschen Sozialstruktur veränderte, immer vielfältiger und vielschichtiger geworden ist.

Deutschland hat sich – so wie andere europäische Gesellschaften auch – im letzten halben Jahrhundert von einer weitgehend monoethnischen zu einer immer stärker multiethnischen Gesellschaft entwickelt. Multiethnizität ist offensichtlich ein Symptom der gesellschaftlichen Modernisierung: Niedrige Geburtenraten zwingen viele moderne Gesellschaften dazu, ihren Arbeitskräftebedarf auch über Arbeitsmigranten zu decken (vgl. Geißler 2002, 285f.). Darüber hinaus sind alle Länder durch internationale Vereinbarungen verpflichtet, aus humanitären Gründen Flüchtlinge aufzunehmen.

Die deutsche Nachkriegsgeschichte der Migration lässt sich recht klar in vier Phasen unterteilen: die Anwerbe- und Gastarbeiterphase der 50er und 60er Jahre endete mit dem Anwerbestopp im Jahr 1973; es schloss sich die kurze Konsolidierungsphase bis zum Beginn der 80er Jahre an; die 80er und 90er Jahre lassen sich als Abwehrphase kenn-

1 Gute Überblicke bei Meier-Braun 2002 und Herbert 2001, Kap. IV und V; vgl. auch Geißler 2002.

zeichnen, die dann um die Jahrtausendwende in die gegenwärtige Akzeptanzphase umschlägt.

1 Anwerbe- und Gastarbeiterphase (1955 – 1973)

Die aufblühende deutsche Wirtschaft begann in den 50er Jahren, ihren Arbeitskräftebedarf über die *Anwerbung* von Menschen aus den Mittelmeerländern zu decken und schloss entsprechend Abkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960) sowie der Türkei (1961) ab, nach der Absperrung der deutsch-deutschen Grenze im August 1961, die den Mangel an Arbeitskräften weiter verschärfte, auch noch mit Marokko (1963), Portugal und Tunesien (1964) sowie schließlich Jugoslawien (1968).

Man kann die erste Phase als *Gastarbeiter*-Phase bezeichnen, weil die zuständigen deutschen Stellen, die Entsendeländer und nicht zuletzt die Betroffenen selbst vom sog. *Rotationsprinzip* ausgingen: die angeworbenen Arbeitnehmer aus dem Süden und Südosten sollten nach einigen Jahren in ihre Heimatländer zurückkehren und – bei Bedarf der deutschen Wirtschaft – durch neue Gastarbeiter ersetzt werden. Die geplante Rotation wurde auch weitgehend praktiziert: Zwischen 1955 und 1973 kamen ca. 14. Millionen Ausländer in die Bundesrepublik, und ca. 11 Millionen kehrten wieder in ihre Herkunftsländer zurück (Bade 1994, 19).

Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer stieg in dieser Phase von etwa 600.000 im Jahre 1961 auf knapp 4 Millionen im Jahr 1973 an (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Die Entwicklung zur multiethnischen Gesellschaft 1961 – 2003



bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 vereintes Deutschland

Wohnbevölkerung: 1961 und 1987 Volkszählungen, 1967-1984 jeweils zum 31.9., ab 1985 jeweils zum 31.12.

* Der Rückgang 1987 ist kein realer Rückgang, sondern ein statistisches Kunstprodukt: die Volkszählung von 1987 korrigiert die überhöhten Zahlen des Ausländerzentralregisters aus den Jahren vorher.

Quellen: Wohnbevölkerung – Lederer 1997, 18 (1961-1989); Statistisches Bundesamt (1990-2003); Erwerbstätige – Statistische Jahrbücher.

Ihre Zusammensetzung nach Herkunftsländern verschob sich im Verlauf der beiden Jahrzehnte: Waren 1967 noch die Italiener die stärkste Gruppe, gefolgt von den Griechen und Spaniern, so stiegen Anfang der 70er Jahre die Türken zu der bis heute mit Abstand größten ethnischen Minderheit auf. Mit mehr als 1 Million im Jahr 1975 lagen sie deutlich vor den Jugoslawen (knapp 700.000), Italienern (600.000), Griechen (knapp 400.000) und Spaniern (etwa 250.000). Aus Portugal kamen vergleichsweise wenig Gastarbeiter (ca. 120.000), und die Marokkaner (25.000) und Tunesier (17.000) stellten nur kleine Minderheiten (vgl. Abb. 2). Insgesamt machten 1975 die Arbeitsmigranten und ihre Familien aus den

Anwerbeländern mit 77% mehr als Dreiviertel aller in Deutschland lebenden Ausländer aus.

*Abb. 2: Ausländer nach Staatsangehörigkeit 1967 – 2003 (in Tausend)**

1967 ab 15000 ¹		1975 ab 15000		1985 ab 15000		1995 ab 25000		2003 ab 25000	
Italien	413	Türkei	1077	Türkei	1402	Türkei	2014	Türkei	18777
Griechenland	201	Jugoslawien	678	Jugoslawien	591	Serbien-Montenegro	798	Italien	601
Spanien	177	Italien	601	Italien	531	Italien	586	Serbien-Montenegro	568
Türkei	172	Griechen-	390	Griechen-	281	Griechen-	360	Griechen-	355
Jugoslawien	141	land	247	land	156	land	316	land	327
Polen	54	Spanien	119	Spanien	106	Bosnien-Herzegowina	277	Polen	237
Portugal	24	Portugal	45	Polen	77	Polen	185	Kroatien	173
Iran	16	Polen	25	Portugal	51	Kroatien	132	Russland	167
Marokko	7	Marokko	19	Iran	48	Spanien	125	Bosnien-Herzegowina	131
Tunesien	1	Iran	17	Marokko	30	Portugal	109	Portugal	126
		Tunesien		Vietnam	24	Rumänien	107	Ukraine	126
				Indien	23	Iran	96	Spanien	89
				Tunesien	18	Vietnam	82	Rumänien	88
				Japan		Marokko	59	Vietnam	81
						Afghanistan	57	Iran	80
						Ungarn	55	Marokko	77
						Libanon	55	VR China	66
						Sri Lanka	41	Afghanistan	61
						Ukraine	40	Mazedonien	55
						Russland	39	Ungarn	47
						Bulgarien	37	Libanon	44
						Pakistan	35	Bulgarien	44
						Indien	34	Indien	41
						Mazedonien	33	Sri Lanka	35
						VR China	27	Pakistan	30
						Japan	26	Tschechien	25
						Tunesien		Tunesien	

* ohne USA und westeuropäische Nachbarn (Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Österreich)

Die Statistik nach Staatsangehörigkeit gibt die ethnische Vielfalt nur unzureichend wieder. Es fehlen zwei wichtige Gruppen: die etwa 1 Million Einwanderer nicht-deutscher Herkunft, die eingebürgert wurden, und die eingewanderten (Spät-)Aussiedler mit deutscher Staatsangehörigkeit. Des weiteren werden ethnische Minderheiten ohne eigenen Staat – wie Kurden oder Sinti und Roma – nicht ausgewiesen.

Quellen: Leder 1997: 47ff. (1967-1985); Statistisches Bundesamt (1995, 2003).

In der Gastarbeiterphase steht das Mediensystem insbes. vor der Herausforderung, der neuen – vergleichsweise noch begrenzten – *sprachlich-kulturellen Vielfalt* der Arbeitsmigranten gerecht zu werden und den verschiedenen ethnischen Gruppen ihren vorübergehend gedachten Aufenthalt im „Gastland“ zu erleichtern – psychisch durch *mediale Verbindungen zum Heimatland* und alltagspraktisch durch *Hilfen beim Zurechtfinden* im „Gastland“.

2 Konsolidierungsphase mit ersten Integrationsversuchen (1973 – etwa 1980)

Ölkrise, Wirtschaftsrezession und drohende Arbeitslosigkeit veranlassten die Bundesregierung im Jahr 1973 zu einem Anwerbestopp, der 27 Jahre lang gültig war und erst im Jahr 2000 durch die Greencard für IT-Spezialisten offiziell durchlöchert wurde. Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer dadurch deutlich sank, nahm die ausländische Wohnbevölkerung durch Familiennachzug und hohe Geburtenraten weiter zu. Arbeitsmigration verwandelte sich in Familienmigration. Gleichzeitig wiederholte sich in Deutschland ein Phänomen, das die Schweiz bereits zwei Jahrzehnte vorher erfahren hatte; Max Frisch hat es auf die treffende und einprägsame Formel gebracht: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ Es wurde deutlich, dass das rein ökonomisch gedachte Rotationsprinzip die menschlichen Aspekte der Arbeitsmigration außer Acht gelassen hatte. Außerdem waren auch viele Betriebe daran interessiert, eingearbeitete und bewährte ausländische Arbeiter langfristig zu beschäftigen. Die angeworbenen Arbeitskräfte verwandelten sich daher immer häufiger von kurzfristigen „Gästen“ in länger verweilende oder auch bleibewillige Arbeitnehmer; sie wurden im Hinblick auf ihre Rückkehrabsicht heterogen. Mindestens drei Gruppen lassen sich unterscheiden: rückkehrwillige Gastarbeiter, bleibewillige Einwanderer und Unentschiedene. Die deutsche Gesellschaft stand damit vor der Herausforderung, den bleibewilligen Teil der Arbeitsmigranten einzugliedern. Die sozialliberale Regierung trug dieser Aufgabe Rechnung, indem sie 1978 das Amt des Integrationsbeauftragten einrichtete.

Mit dem Wechsel von der Gastarbeiter- zur Konsolidierungsphase wandelten sich auch die Anforderungen an das Mediensystem. Sie wurden vielfältiger: die Arbeitsmigranten benötigten nicht nur eine mediale Brücke zur Heimat und Lebenshilfe für einen „Gastaufenthalt“ in einem fremden Land, sondern der bleibewillige Teil bedurfte der Unterstützung bei der Eingliederung. Die Medien standen vor der neuen Herausforde-

rung, auch einen Beitrag zur *Integration* derjenigen Migranten und ihrer Familien zu liefern, die ihren Lebensmittelpunkt auf Dauer nach Deutschland verlagert hatten.

3 Abwehrphase und Zuwanderungsland wider Willen (1981/82 – etwa 1998)

Mit dem Beginn der 80er Jahre wird ein neues bis heute andauerndes Migrationsphänomen offensichtlich: die Anziehungskraft Deutschlands für Flüchtlinge aus den Krisengebieten der europäischen und außereuropäischen Welt, wo Krieg, Elend und Unterdrückung herrschen. 1980 überstieg die Zahl der Asylbewerber erstmals die 100.000-Linie und im Jahr 1991 auch die 200.000-Linie. Die Politik reagierte darauf mit einer Wende in der Ausländerpolitik: die zaghafte Integrationsbemühungen Ende der 70er Jahre schlugen um in „ein Rennen nach einer Begrenzungs politik“ (Meier-Braun 1995: 17). Der Konsolidierungsphase folgte eine fast zwei Jahrzehnte dauernde Abwehrphase. Arbeitsmigration und Zuwanderungsdruck durch Flüchtlinge vermengten sich dabei zu einem neuen Problemgemisch, bei dem die Integration der bleibewilligen Arbeitsmigranten ein Nischendasein fristete; die politischen Anstrengungen konzentrierten sich vorrangig auf die *Abwehr unerwünschter Zuwanderer*. Dennoch stieg die Zahl der Ausländer erneut stark an – von 4,5 Millionen im Jahr 1988 auf 7,3 Millionen im Jahr 1996. Beachtlich ist, dass dieses Wachstum nicht nur durch Flüchtlinge, sondern trotz des Anwerbestopps hauptsächlich durch Arbeitsmigration bedingt war: zwischen 1987 und 1993 nahm die Zahl der erwerbstätigen Ausländer um fast zwei Drittel zu (vgl. Geißler 1992: 283, 288). Hinter der Fassade des unrealistischen Dogmas „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ boomte also die Ausländerbeschäftigung. Flüchtlinge und noch mehr die ökonomisch benötigten Arbeitsmigranten und ihre Familien machten Deutschland trotz aller politischen Abwehrmanöver zu einem *Zuwanderungsland wider Willen*.

Mit dem zahlenmäßigen Wachstum nahm auch die ethnische und soziale Differenziertheit und Heterogenität der Zuwanderer zu. Das multiethnische Segment wurde erheblich bunter. Neben den Arbeitsmigranten aus den wichtigsten Anwerbeländern – Türkei (Anstieg von 1 Million auf 2 Millionen zwischen 1975 und 1995), den neu entstandenen Staaten Ex-Jugoslawiens, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und auch Marokko (Anstieg von 25.000 auf 80.000 zwischen 1975 und 1995) gewannen weitere ethnische Minderheiten zahlenmäßig kontinuierlich an Ge-

wicht. An erster Stelle sind hier die Polen zu nennen: nach dem Zusammenbruch des sozialistischen System stieg ihre Zahl um das Dreifache auf ca. 330.000 Ende 2003 an. Polen sind heute deutlich zahlreicher als Spanier und Portugiesen zusammen. Auch Menschen aus anderen post-sozialistischen Gesellschaften nutzten die Öffnung der (süd-)ost-europäischen Grenzen: Derzeit leben etwa 170.000 Russen (darunter viele jüdischen Glaubens), etwa 130.000 Ukrainer, 90.000 Rumänen, 55.000 Ungarn, etwa 45.000 Bulgaren und 30.000 Tschechen in Deutschland. Erwähnenswert ist auch die Zuwanderung aus verschiedenen Flüchtlingsländern wie Iran (80.000), Afghanistan (65.000), Libanon (50.000) oder Sri Lanka (40.000). Schließlich leben Ende 2003 beachtliche Gruppen aus weiteren asiatischen Ländern in Deutschland: 90.000 Vietnamesen (etwa ein Drittel davon frühere Bootsflüchtlinge, der Rest meist ehemalige Vertragsarbeiter aus der DDR), 80.000 Chinesen aus der Volksrepublik China, 45.000 Inder und 35.000 Pakistani. Die quantitativ gewichtige *ethno-kulturelle Vielfalt* innerhalb der Zu- und Einwanderer hat *enorm zugenommen* und stellt das Mediensystem vor neue Herausforderungen.

4 Akzeptanzphase (1999 – heute)

Mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 beginnt eine neue Phase der deutschen Zuwanderungsgeschichte, die man als *Akzeptanzphase* bezeichnen kann. Die wichtigen Parteien ringen sich nach und nach zu der grundlegenden Einsicht durch, dass Deutschland aus demographischen und ökonomischen Gründen Arbeitsmigranten gebraucht hat und auch in Zukunft brauchen wird. Alle demographischen Prognosen kommen zu einem übereinstimmenden Ergebnis: Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten wegen seiner niedrigen Geburtenraten einen steigenden Zuwanderungsbedarf aufweisen, der nach den meisten Schätzungen bei durchschnittlich 200.000 Personen pro Jahr liegen wird.² Im Jahr 2000 wurde der Anwerbestopp durch die Greencard erstmals offiziell für eine spezifische Gruppe, die IT-Spezialisten, außer Kraft gesetzt, und ein plötzliches Wettrennen der Parteien um ein Zuwanderungsgesetz setzte ein. 2004 stimmten alle Bundestagsparteien – mit Ausnahme der PDS – dem ersten Gesetz dieser Art in der deutschen Geschichte zu. Sie *erkennen* damit – durchaus mit unterschiedlichen Nuancen – *an*, dass Deutschland zu einem *Einwanderungsland modernen Typs* geworden ist (vgl. z.B. UKZ 2001).

2 Vgl. z.B. StBA 2000, Münz/Ulrich 2000, Hof 2001, Birg 2001.

Auch die Notwendigkeit, die Migranten in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, wird zum Gegenstand der politischen Diskussion und des öffentlichen Bewusstseins. Seit 2000 wird die Einbürgerung durch ein liberalisiertes Staatsangehörigkeitsrecht erleichtert. Zur Migration gehört im öffentlichen Diskurs – anders als in der Abwehrphase – auch die Integration; es geht nicht mehr nur um die politische Steuerung der Zuwanderung, sondern auch um das Danach, um einen angemessenen Umgang der Einheimischen mit den Migranten, um deren Eingliederung in die Kergesellschaft (vgl. UKZ 2001) – wenn auch die politische Diskussion dieses komplexen Problemfeldes³ meist auf die Teilfelder Gesetzestreue und Sprachkenntnisse eingeengt ist.

Bereits in den 70er Jahren ist die *mediale Integration*⁴ der Migranten immer stärker zur zentralen Herausforderung an das Mediensystem geworden. Der Hintergrund sind die allmähliche Metamorphose der Gastarbeiter aus den ehemaligen Anwerbeländern zu Einwanderern – immer mehr Arbeitsmigranten wollen langfristig oder auf Dauer in Deutschland bleiben – sowie „neue“ Zuwanderer aus Osteuropa, verschiedenen Flüchtlingsländern und aus Asien, von denen ebenfalls viele einen Lebensmittelpunkt in Deutschland suchen oder gefunden haben.

Nicht nur die ethno-kulturelle Vielfalt hat, wie bereits kurz im vorigen Kapitel skizziert, stark zugenommen, auch die *soziale Differenzierung* dieser Gruppen ist in *mehreren Dimensionen* vorangeschritten. Es bilden sich immer stärker Unterschiede nach Alter und Generation und nach sozialem Status heraus, die – wie auch die weiterhin bestehenden Unterschiede nach Aufenthaltsdauer und Grad der Integration – Einfluss auf die medial-kommunikativen Bedürfnisse haben. Dazu einige wenige Stichworte:

- *Alter und Generation.* Während sich die erste Einwanderergeneration z.T. dem Ruhestandsalter nähert oder bereits im Ruhestand ist, wachsen Generationen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund heran, die in Deutschland geboren sind und biculturell bzw. transkulturell sozialisiert wurden. Die Heimat ihrer Eltern kennen sie nur noch aus Erzählungen oder von Urlaubsreisen.
- *Sozialstatus.* Die Unterschichtungstendenzen aus der Gastarbeiterphase – Gastarbeiter wurden ursprünglich für niedrig qualifizierte Arbeiten angeworben – leben fort, haben sich aber deutlich abge-

3 Vgl. dazu den Beitrag in diesem Band zu diesem Thema.

4 Vgl. den Beitrag zu diesem Konzept in diesem Band.

schwächt. Es ist inzwischen ein ausländischer Mittelstand von Selbständigen und Unternehmern entstanden (Geißler 1992: 294ff.). Unter den Migrantenkindern gibt es mittlerweile Akademikerinnen und Akademiker; knapp 4% der Studierenden an deutschen Hochschulen sind Töchter und Söhne von Arbeitsmigranten (berechnet nach StBA 2003). Und das Bildungsniveau von vielen Zuwanderern aus Nichtanwerbeländern ist vergleichsweise gut (vgl. z.B. Bender u.a. 2000); viele russische, polnische, iranische oder afghanische Kinder kommen aus gut qualifizierten Elternhäusern und besuchen häufig ein Gymnasium, Kinder aus iranischen und russischen Familien sogar häufiger als deutsche (Geißler 2004).

- *Aufenthaltsdauer und Grad der Integration.* Schließlich ist das Mediensystem, so wie bereits in den 1970er Jahren, weiterhin mit dem Problem der unterschiedlichen Aufenthaltsdauer konfrontiert, mit dem wichtige Faktoren der medialen Bedürfnisse wie Deutschkenntnisse, Bindung an die Herkunftskultur oder Grad der Integration in die deutsche Kerngesellschaft zusammenhängen.

Resümierend lässt sich festhalten: Mit der Entwicklung Deutschlands vom Gastarbeiterland zum Einwanderungsland ist nicht nur der Umfang des multiethnischen Segments der deutschen Sozialstruktur stark angewachsen, sondern auch die ethnische Vielfalt sowie die soziale Differenzierung der Migranten im Hinblick auf den Grad der Integration, auf Alter und Generation sowie auf ihren Sozialstatus haben erheblich zugenommen. Die Herausforderungen an das Mediensystem sind immer komplexer und komplizierter geworden.

Literatur

- Bade, Klaus J. (1994): Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bender, Stefan u.a. (2000): Migration und Arbeitsmarkt. In: Bade, Klaus J./Münz, Rainer (Hrsg.): Migrationsreport 2000. Frankfurt/New York, S. 59-84.
- Birg, Herwig (2001): Die demographische Zeitwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München: Beck.
- Geißler, Rainer (2002): Ethnische Minderheiten. In: Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor

- und nach der Vereinigung. 3. grundl. Übersrb. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 282-310.
- Geißler, Rainer (2004): Die Metamorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfungen. In: Berger, Peter. A./Kahlert, Heike (Hrsg.): Institutionalisierte Ungleichheiten. Stabilität und Wandel von Bildungschancen. Weinheim und München: Juventa (im Druck).
- Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. München: Beck.
- Hof, Bernd (2001): Szenarien zur Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 8, S. 20-30.
- Lederer, Harald W. (1997): Migration und Integration. Ein Handbuch. Bonn.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (1995): 40 Jahre „Gastarbeiter“- und Ausländerpolitik in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35, S. 14-22.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2002): Deutschland, Einwanderungsland. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Münz, Rainer/Ulrich, Ralf. E. (2000): Migration und zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. In: Bade, Klaus J./Münz, Rainer (Hrsg.): Migrationsreport 2000. Frankfurt/New York: Campus, S. 23-58.
- StBA (Statistisches Bundesamt, Hrsg.) (2000): Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Wiesbaden.
- StBA (Statistisches Bundesamt, Hrsg.) (2003): Hochschulstandort Deutschland 2003. Wiesbaden.
- UKZ (Unabhängige Kommission „Zuwanderung“) (2001): Bericht. Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Berlin.